



Presseschau vom 12.01.2018

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, sputniknews, rusvesna.su, voicesevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten *dnr-online, lnr-portal, Novorossia, dnr-news, novorosinform u.a. sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken dan-news, lug-info*. Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. *BigMir, UNIAN, Ukrinform, KorrespondentT und die Online-Zeitung Timer aus Odessa* ein.

Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen *aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot* (dnr-online, lnr-portal, Novorossia, dan-news, lug-info, dnr-news, novorosinform u.a.) und *ukrainische Quellen in Blau* (BigMir, Ukrinform, UNIAN, KorrespondentT und Timer) gekennzeichnet.

Die Übersetzung russischer Medien erfolgt in schwarzer Farbe. Meldungen *aus Sozialen Netzwerken* sind *violett* gekennzeichnet.

Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“

Vormittags:

de.sputniknews.com: „Heftig und aggressiv“: Putin zu US-Reaktion auf „russische Einmischung“

Der russische Präsident Wladimir Putin ist auf die Aussichten einer Normalisierung der Beziehungen mit den USA eingegangen. Die Vorwürfe wegen einer angeblichen Einmischung Russlands in die US-Präsidentschaftswahlen sowie einer Absprache mit Donald Trump bezeichnete er als unglaubwürdig.

Der Präsident nahm vergangenen Donnerstag beim Treffen mit den Chefs der russischen Nachrichtenagenturen und Medien zu dem Thema Stellung.

Die Russland-Karte werde in der US-Innenpolitik immer dann gespielt, wenn Trumps Gegner ihn mit der Amtsenthebung einschüchtern und das mit der „angeblichen Einmischung Russlands“ begründen wollten, so der russische Präsident. „Ich will nochmals betonen: Das ist absoluter Quatsch, absoluter Unsinn, es hat keine Absprachen, keine Einmischung von unserer Seite gegeben“, sagte Putin. Hoffentlich werde „das innenpolitische Gebalge“ in den USA früher oder später ein Ende nehmen, sodass Voraussetzungen für eine Normalisierung der Beziehungen geschaffen werden könnten.

Die Reaktion der USA auf die Informationen über eine angebliche Einmischung Russlands in die US-Präsidentschaftswahl bezeichnete Putin als „heftig und aggressiv“.

„Wir sehen selbst anhand der Reaktionen auf die unglaubwürdigen Informationen über unsere Einmischung (in die Präsidentschaftswahl 2016 - Anm. d. Red.), wie heftig und, ich

würde sogar sagen, aggressiv sie ist", äußerte er.

Kein Staat habe es gern, dass andere sich in fremde innenpolitische Fragen einmischen, betonte der russische Staatschef. „Besonders ungerne sehen es unsere US-amerikanischen Freunde. Zu den US-Wahlkämpfen werde normalerweise „praktisch keiner zugelassen". Putin ging unter anderem auf die Einschränkungen der russischen Medien in den USA ein. Die „aggressive und gehässige" Einschränkung der russischen Medien sei auf die Haltung Washingtons zurückzuführen, „dass jemand irgendwie die innenpolitische Situation", besonders während des Wahlkampfes, beeinflusst".

„Sie (die USA) halten es für ganz normal, dass sie selbst so etwas machen und solche Versuche unternehmen - was aus meiner Sicht durchaus falsch ist. Und wenn sie selbst ihre Nase überall hineinstecken, sollten sie imstande sein, auf gewisse Herausforderungen zu reagieren, die sie auch selber anregen", betonte Putin. Russland wolle sich dennoch nicht in fremde Angelegenheiten einmischen, sagte er.

Lug-info.com: Die Kiewer Truppen haben in den letzten 24 Stunden zweimal die Positionen der Volksmiliz der LVR beschossen. Dies teilte die Verteidigungsbehörde der Republik mit. Beschossen wurde das Gebiet von Logwinowo.

Geschossen wurde mit 122mm-Artilleriegeschützen, 120mm-Mörsern und Granatwerfern.

de.sputniknews.com: Kiew bereitet Drohnenattacke auf Krim vor – russischer Abgeordneter: Die Geheimdienste der Ukraine bereiten laut dem Vizechef des Staatsduma-Ausschusses für Angelegenheiten der Ethnien, Ruslan Balbek, eine Drohnenattacke auf die Halbinsel Krim vor. Den Angriff wolle Kiew als eine krimtatarische Widerstandsaktion ausgeben.

Der Parlamentarier betonte zugleich, dass niemand in Kiew an den Erfolg dieser Operation glaube. Das Hauptziel sei allerdings, für möglichst viel Informationslärm zu sorgen. Balbek sprach zudem von einem speziellen Schema, das die Ukraine zusammen mit den USA erarbeitet haben sollen.

„Über den neutralen Gewässern schwebt ein US-Aufklärungsjet Poseidon, der das Ziel für die ukrainischen Drohnen angeben und die Flugregelung vornehmen soll“, so der russische Abgeordnete. „Obwohl es keinen Zweifel daran gibt, dass dieser 'Spatzenhaufen' niedergeworfen wird, soll alleine die Erklärung, dass dies eine Operation ‚des krimtatarischen Widerstands‘ sei, den Effekt einer eingeschlagenen Bombe haben“, warnte Balbek.

Der Politiker sei überzeugt, dass diese Attacke dem Drohnenangriff auf den russischen Luftwaffenstützpunkt im syrischen Hmeimim ähneln werde.

Zuvor war berichtet worden, dass die Ukraine ein Flugzeug am Himmel über dem Donbass zum Absturz bringen und Russland und die selbsterklärte Volksrepublik Donezk dann dafür verantwortlich machen will.



<https://cdnde1.img.sputniknews.com/images/31902/93/319029350.jpg>

Armiyadnr.su: In den letzten 24 Stunden haben die ukrainischen Streitkräfte 14-mal das Regime der Feueinstellung verletzt. Von Seiten der ukrainischen Streitkräfte wurden die Gebiete von **neun Ortschaften** mit Artillerie, Mörsern, Schützenpanzerwaffen, Granatwerfern und Schusswaffen beschossen. Informationen über Opfer und Zerstörungen liegen noch nicht vor.

de.sputniknews.com: Syrien ist im Spiel: Was steckt hinter „aggressiven Sanktionen“ der USA gegen Iran?

Der stellvertretende Berater des US-Außenministers für Nahost-Fragen, David Satterfield, hat auf einer Anhörung im US-Senat darüber aufgeklärt, wie Washington gegen die iranische Präsenz in Syrien kämpfen will.

Auf die Frage eines Senators, wie genau die USA die „iranische Präsenz in Syrien loswerden“ wollen, antwortete der Diplomat, dass es um eine „Kombination von Maßnahmen“ geht. Vor allem sei die Rede von „aggressiven Sanktionen“, so Satterfield.

Die USA und die von ihnen angeführte internationale Anti-Terror-Koalition agieren seit 2014 in Syrien, jedoch ohne Zustimmung der legitimen Regierung in Damaskus.



<https://cdnde1.img.sputniknews.com/images/31595/94/315959420.jpg>

Dnr-online.ru: Die Vertretung der DVR im Gemeinsamen Zentrum zur Kontrolle und Koordination und im Verhandlungsprozess teilt mit: in den letzten 24 Stunden betrug die Zahl der Verletzungen des Regimes der Feuereinstellung von Seiten der ukrainischen Streitkräfte 14.

Das Territorium der DVR wurde in Verletzung der Minsker Vereinbarungen sowie der Vereinbarungen über einen Waffenstillstand mit folgenden Waffen beschossen ... (es folgt eine genaue Auflistung der Waffensysteme und Geschosse; Anm. d. Übers.).

Die Gesamtzahl der von den ukrainischen Streitkräften abgefeuerten Geschosse betrug 280. In den vorhergehenden 24 Stunden betrug die Zahl der auf das Territorium der DVR abgefeuerten Geschosse 198.

Wir erinnern daran, dass ab 1:00 Uhr (Moskauer Zeit) am 23. Dezember, gemäß einer Vereinbarung der Kontaktgruppe über die Wiederaufnahme ihrer Verpflichtungen durch die Seiten im Vorfeld der Winterfeiertage, ein Waffenstillstand in Kraft getreten ist.

Ukrinform.ua: Außenverschuldung der Ukraine liegt bei 83 Prozent des BIP.

Die Außenverschuldung der Ukraine beträgt 83 Prozent des Bruttoinlandsprodukts.

Das erklärte Regierungschef Wolodymyr Hrojsman in einem Interview für Forbes Georgien.

Das Interview wurde später auf seiner Facebook-Seite veröffentlicht. Trotz der

Herausforderungen, wie der Annexion der Krim und der Invasion in der Ostukraine, werde die Ukraine erfolgreich sein, betonte der Premier.

Dan-news.info: „Gestern gegen 13:00 Uhr haben die Kiewer Truppen **Sachanka** beschossen, wobei an drei privaten Häusern Dächer, Wände und Fenster beschädigt wurden. Zum Glück wurde niemand verletzt“, teilte der Pressedienst der Verwaltung des Nowoasowskij-Bezirks mit.

Die Nacht verlief ohne Beschuss von Seiten der ukrainischen Truppen.

Nachmittags:

Dan-news.info: Mehr als 10.000 Personen erhalten ab Januar in der DVR erhöhte Sozialzahlungen. Dies teilte heute auf einer Pressekonferenz die Arbeits- und Sozialministerin der Republik Larissa Tolstykina mit.

„Das Oberhaupt der DVR Alexandr Sachartschenko hat am 15. Dezember des letzten Jahres den Erlass Nr. 362 unterzeichnet, gemäß dem die Sozialzahlungen an einzelne Kategorien von Bürgern erhöht wurden“, sagte Tolstykina. „Mehr als 10.000 Empfänger werden ab Januar dieses Jahres erhöhte Sozialzahlungen vom Staat erhalten“.

In erster Linie betrifft die Erhöhung Familien mit Kindern, insbesondere wegen Schwangerschaft und Geburt nicht arbeitende Frauen. Diese Zahlung ist von 2000 auf 3700 Rubel erhöht worden.

Eine Erhöhung der staatlichen Unterstützung gilt auch für Familien mit Kindern unter 18 Jahren; für Waisen und Kinder, deren Eltern kein Sorgerecht haben und die in Pflegefamilien oder Kinderheimen leben; für Menschen mit Behinderung, schlecht abgesicherte und kinderreiche Familien.

Durch die Erhöhung der staatlichen Unterstützung für einzelne Kategorien von Bürgern werden monatlich zusätzliche Mittel für Sozialzahlungen von in Höhe von 20 Mio. Rubel benötigt. „Wir legen ein Maximum an Anstrengungen darein, dass unsere Bürger den Schutz des Staates spüren und ihrer sozialen Sicherheit gewiss sein können. Die Sozialzahlungen werden entsprechend dem Wachstum der ökonomischen Kennziffern und den Möglichkeiten unserer Republik erhöht“, fasste die Ministerin zusammen.

Ukrinform.ua: Zollfreier Export von Honig, Apfel- und Traubensaft in die EU: Jahresquoten in 10 Tagen ausgeschöpft.

Die Ukraine hat in zehn Tagen die zollfreien Jahresquoten für den Export von Honig, Apfelsaft und Traubensaft in die EU vollständig ausgenutzt.

Das gab der erste stellvertretende Landwirtschaftsminister der Ukraine, Maxim Martynjuk, auf seiner Facebook-Seite bekannt. „Die Jahresquote für Honig ist schon zum 11. Januar ausgeschöpft, obwohl sie im vorigen Jahr erhöht wurde“, schrieb er. Honig werde jetzt ohne Handelspräferenzen weiter exportiert werden, weil das Produkt konkurrenzfähig auf dem europäischen Markt sei. Laut dem Vizeminister seien auch die Quoten für den Export von Apfel- und Traubensaft in die EU (14.000 Tonnen) vollständig und von Geflügelprodukten zu 25 Prozent ausgeschöpft.

Nach Worten von Martynjuk gibt es in der Ukraine etwa 400.000 Imker, die im Durchschnitt jährlich etwa 70.000 Tonnen Honig produzieren. 80 Prozent der Produktion, rund 57.000 Tonnen, würden in die EU exportiert. Die Ukraine könne aber bis 140.000 Tonnen Honig jährlich produzieren.

de.sputniknews.com: Weißrussland: Keine Freundschaft mit EU auf Kosten Russlands.

Der weißrussische Außenminister Wladimir Makej hat in einem Interview für die chinesische Agentur Xinhua über die Entwicklung der Beziehungen zu Russland und der EU gesprochen. Laut ihm wird Minsk auf Kosten Moskaus keine Freundschaft mit der EU pflegen.

„Die Entwicklung unserer Beziehungen mit Russland, der EU und der restlichen Welt bedeutet nicht, dass wir mit jemandem auf Kosten von jemand anderem Freundschaft pflegen oder gegen jemand anderen Freundschaft pflegen werden“, sagte Makej. „Wir entwickeln unsere handelswirtschaftlichen und politischen Beziehungen zur EU, und dabei sagen wir unseren Partnern, dass wir mit ihnen in keiner Weise auf Kosten Russlands oder zum Nachteil Russlands Freundschaft pflegen werden.“

Laut Makej kann Weißrussland heute nur durchhalten, wenn Minsk normale Beziehungen mit allen globalen Akteuren hat.

„Es gibt hier keine Widersprüche. In unserer Politik gehen wir immer davon aus, dass wir das Konfrontationsprinzip nicht unterstützen. Im Gegenteil versuchen wir so zu handeln, um die Trennungslinien, die es heute in Europa und in unserer Region gibt, zu beseitigen“, so der weißrussische Außenminister.



<https://cdnde1.img.sputniknews.com/images/30809/80/308098076.jpg>

Armiyadnr.su: Bericht des stellvertretenden Kommandeurs der Streitkräfte der DVR Eduard

Basurin:

In der letzten Woche wurden in den Verbänden und Truppenteilen der Streitkräfte der DVR Vorlesungen und praktische Übungen mit Kommandeuren von Einheiten durchgeführt, um Kenntnisse zu erweitern, Fähigkeiten zu vervollkommen und Fertigkeiten zu festigen, die für die Ausführung der jeweils vorgesehenen Aufgaben notwendig sind. Es wurden Maßnahmen zur Bekämpfung des Terrorismus und zum Kampf gegen Diversions- und Erkundungsgruppen des Gegners durchgeführt.

In den letzten 24 Stunden wurden **14 Verletzungen des Regimes der Feueereinstellung** von den Positionen der ukrainischen Streitkräfte aus registriert.

In **Richtung Donezk und Gorlowka** haben die ukrainischen Truppen Mörser eingesetzt und 45 Mörsergeschosse verschiedenen Kalibers abgefeuert sowie mit Schützenpanzerwaffen, Granatwerfern und Schusswaffen geschossen.

Der Gegner hat den **Artilleriebeschuss in Richtung Mariupol** fortgesetzt und acht Granaten des Kalibers 122mm abgeschossen, außerdem hat er 14-mal Mörser der Kaliber 120 und 82mm sowie Schützenpanzerwaffen eingesetzt.

Insgesamt hat der Gegner **in der letzten Woche 49-mal das Regime der Feueereinstellung verletzt** und 207 Mörsergeschosse der Kaliber 120 bzw. 82mm und, beginnend mit dem 10. Januar, 32 Artilleriegranaten auf das Territorium der Republik abgefeuert.

Durch Beschuss von Seiten der ukrainischen Streitkräfte wurden **drei Zivilisten verletzt**. In **Golmowskij, Dolomitnoje, Sajzewo und Sachanka** gab es Zerstörungen an acht Häusern, Strom- und Gasleitungen.

Dem Beispiel der bekanntesten Terrororganisationen der Welt folgend hat die Ukraine beschlossen, eine **Kampfdrohne** zu einzusetzen. Aber bereits beim Anflug **auf Sosnowskoje** ist den Verteidigern der Republik gelungen, sie abzuschießen. Einige Teile der abgestürzten Drohnen werden auf einem Dia dargestellt, der Kampfsprengkopf wurde vor Ort durch Detonation zerstört. Nach allem zu urteilen war die Drohne diesmal dafür vorgesehen, einen Schlag auf eine Transformatorunterstation durchzuführen, über die die gesamte Stromversorgung des Dorfes läuft.

Außerdem wurde uns bekannt, dass die Drohne, die am 10. Dezember im Gebiet von Gorlowka von ukrainischen Soldaten abgeschossen wurde und angeblich den Streitkräften der DVR gehört, sich tatsächlich als ein Skywalker mit einem Wert von 400.000 Rubel (200.000 Griwna) erwies und von Freiwilligen für die ukrainischen Streitkräfte gekauft wurde. Und um die Vernichtung ihres Eigentums zu verheimlichen, haben sich die ukrainischen Streitkräfte nichts Besseres ausgedacht, als ein Foto einer Drohne „Orlan-10“ russischer Produktion in die Nachrichten zu stellen, ohne es zu schaffen zu klären, dass die Streitkräfte der DVR nicht über solche verfügen.

Wir prognostizieren eine Fortsetzung des Terrors von Seiten der ukrainischen Streitkräfte in Richtung Gorlowka und Mariupol, dessen Ziel der Versuch ist, die Erwidern des Feuers von Seiten der Republik zu erzwingen, uns fälschlicherweise des Beschusses von Positionen ukrainischer Soldaten zu beschuldigen sowie Infrastruktur- und Lebenserhaltungssysteme von Ortschaften der Republik zu vernichten.

Aber unsere Aufklärung arbeitet weitaus besser als die ukrainische, was es uns erlaubt, uns rechtzeitig auf Provokationen vorzubereiten oder Fälle von Kriegsverbrechen durch die ukrainische Seite aufzudecken.

So haben nach unserer Information über Trainings von Luftabwehrkräften zur Vernichtung einer amerikanischen Drohne „Global Hawk“ die genannten Abwehrraketenkomplexe „Buk“ schnell die eingenommenen Positionen verlassen und wurden auf einen provisorischen Dislokationspunkt verlegt. Einen Teil der Information über die Stationierung und Verlegung dieser Waffen haben wir von örtlichen Einwohnern, die auf den zeitweise von der Ukraine kontrollierten Territorien leben, erhalten. Ich möchte den nicht gleichgültigen Menschen dafür danken und daran erinnern, dass die durch Sie erhaltenen Informationen über Verlagerungen

durch die ukrainischen Streitkräfte uns dabei helfen, die Beendigung dieses Konflikts auf unblutige Weise näher zu bringen.

Von unserer Aufklärung wird weiter die Angabe von zu niedrigen Verlusten durch das Kommando der ukrainischen Streitkräfte festgestellt. Eine Analyse von Aufklärungsdaten sowie von Daten aus öffentlich zugänglichen Quellen zeigt, dass mehr als die Hälfte der Todesfälle verheimlicht wird.

So betrogen die Verluste der ukrainischen Streitkräfte im Dezember 2017 37, wobei in offiziellen Erklärungen des Stabes der sogenannten „ATO“ nur 18 angegeben wurden. Wenn man dabei die Statistik der letzten sechs Monate nimmt, so beträgt der Unterschied bereits das 2- bis 2,5-fache. Offiziell werden als Verluste 83 Soldaten der ukrainischen Streitkräfte angegeben, was erheblich weniger ist als die tatsächlichen 191 Toten.

Diese Handlungsmethodik des Kommandos der ukrainischen Streitkräfte hat einige Ursachen:

- erstens – der Versuch den moralisch-psychischen Zustand der Soldaten der ukrainischen Streitkräfte aufrechtzuerhalten, die jeden Tag selbst beobachten, wie ihre Kameraden in die Leichenhalle gebracht werden, aber der Stab der „ATO“ sagt, dass es „keine Verluste“ gibt;
- und zweitens – potentiellen Einzuberufenden und zu Mobilisierenden nicht die Möglichkeit zu geben, die traurigen Perspektiven des Dienstes in der heutigen Armee der Ukraine zu erfahren und alles Mögliche zu unternehmen, um dieser zu entgehen.

Wir verweilen nicht zufällig wieder bei der Mobilisierung, die langsam in der Ukraine beginnen wird.

Seit der Entscheidung über die Durchführung einer „siebten Welle“ im Dezember 2017 verbreiten ukrainische Massenmedien mit einer Regelmäßigkeit von mindestens einmal wöchentlich Erklärungen offizieller Persönlichkeiten des Verteidigungsministers, die diese Information dementieren.

Aber die Tatsachen zeugen vom Gegenteil. Die im Oblast Charkow begonnene „Erfassungskampagne“ ist dafür eine Bestätigung. Und die Erklärung des Militärkommissars des Oblastes N. Moseznzew, dass „dies nur eine allseitige Untersuchung potentieller Verteidiger der Ukraine ist und man zum Wehrdienst nicht vor Vollendung des 20. Lebensjahrs einberufen werden kann“, ist ein gewöhnlicher Versuch, die wahren Ursachen einer solchen Mobilisierungsaktivität zu verheimlichen.

Nach unseren Informationen werden entsprechende Maßnahmen in der nächsten Zeit in allen Militärkommissariaten der Ukraine beginnen, in erster Linie in den östlichen Oblasten. Ich möchte erwähnen, dass eine der Hauptaufgaben der genannten Mobilisierungswelle die Einberufung von Bürgern gerade der „unzuverlässigen“ Oblaste ist – Charkow, Dnjepropetrowsk, Cherson, Odessa – sowie der zeitweise von der Ukraine kontrollierten Teile des Donezker und Lugansker Oblast.

So versucht die ukrainische Regierung gleich zwei Fliegen mit einer Klappe zu schlagen: den Mobilisierungsplan zu erfüllen und die Bürger dieser Oblaste durch den Mord an ihren Landsleuten in diesem Bürgerkrieg, den Kiew „ATO“ nennt, mit Blut zu „beschmutzen“. Gesondert möchte ich auf die Lage der Dinge in den Verbänden der Landtruppen der ukrainischen Streitkräfte, genauer auf die Lage der Kommandeure und deren Beziehung zu den Untergebenen, eingehen.

Derzeit erinnern die Landtruppen der ukrainischen Streitkräfte zu einem großen Teil an einen mittelalterlichen Feudalstaat, der aus vielen kleinen Brigadefürstentümern besteht, die von Brigadekommandeurenfürsten regiert werden. Die Ähnlichkeit wird noch dadurch größer, dass diese „Fürsten“ die Schmuggelwege berauben, die durch die Verantwortungsbereiche ihrer Brigaden gehen.

Allen ist bereits bekannt, wie seinerzeit der Kommandeur der 92. mechanisierten Brigade, der Kriegsverbrecher Kokorjow bequem lebte. Als Geschenk zum seinem Geburtstag kam ein ziviles Orchester aus Kiew, das drei Tage lang am Stabsgebäude der Brigade spielte. Und zum Empfang wurde ihm ein Degen geschenkt, der mit Edelmetallen und Edelsteinen verziert war

und für den Geld vom gesamten Personal der Brigade gesammelt wurde. Eine nicht weniger leuchtende Persönlichkeit ist der Kommandeur der 54. mechanisierten Brigade Majstrenko, der die Einkünfte aus dem Schmuggel nicht mit den ihm unterstellten Nationalisten und georgischen Söldnern aus dem 25. Bataillon „Kiewskaja Rus“ teilte. Außerdem war nach unseren Informationen eine der Ursachen für die Konflikte die Weigerung des Bataillonskommandeurs, eine große Summe als Geschenk zum neuen Jahr für den Brigadekommandeur zu sammeln. Es ist anzunehmen, dass das zur Ablösung von „Kiewskaja Rus“ gekommene nationalistische Bataillon „Donbass“ weniger geizig ist und alle Ware-Geld-Beziehungen zwischen dem Brigadekommandeur und dem Bataillonskommandeur schon vereinbart sind. Davon zeugt die Ankunft von Freiwilligen von ASAP Rescue im Verantwortungsbereich des Bataillons in Trawnewoje, über die, wie bekannt ist, die grundlegenden Wege zum „Waschen“ von Mitteln, die für die Leistung von humanitärer medizinischer und Unterstützung zur Evakuierung in der Zone der sogenannten „ATO“ vorgesehen sind, laufen. Der Brigadekommandeur der 28. mechanisierten Brigade, der Kriegsverbrecher Subowskij, dessen unterstellte Einheiten derzeit Positionen von Granitnoje bis Nowotroizkoje einnehmen, hat Einnahmen aus dem Handel mit Drogen und Waffen. Dabei ist das Ausmaß der Verkäufe und der daran beteiligten Funktionsträger der Brigade so sehr gewachsen, dass der Verband eilig in einen ständigen Dislokationspunkt abgezogen wird, wo nun Amtsenthebungen und die Aufnahme von Strafverfahren erfolgen werden.



http://armiyadnr.su/sites/default/files/inline/images/pvo_vsus.jpg

de.sputniknews.com: Neue US-Sanktionsspirale? – Kreml wird reagieren. Die USA planen erneut die Ausweitung der antirussischen Sanktionen. Laut dem Kreml-Sprecher Dmitrij Peskow wird es mit aller Sicherheit eine Reaktion von Moskau geben –

allerdings erst, nachdem die neue US-Sanktionsliste offiziell vorliegt, melden russische Medien.

Laut Peskow wird der russische Präsident, Wladimir Putin, eine Entscheidung über mögliche Gegenmaßnahmen treffen, sobald das Dokument zu den neuen US-Sanktionen offiziell von Washington veröffentlicht ist.

„Sanktionsmaßnahmen rufen in der Regel immer Gegenmaßnahmen hervor. In diesem Fall bleibt das Prinzip der Gegenseitigkeit der Eckstein (unserer Politik – Anm. d. Red.)“, betonte der Sprecher.

In welchem konkreten Umfang etwas unternommen werde – soll es eine Spiegelantwort geben oder nicht? –, werde sich aber vor allem an den Interessen Russlands orientieren, so Peskow weiter.

Zudem betonte er, dass die neue US-Sanktionsliste genauestens geprüft werden würde. Eine Sanktionsliste bedeute nicht automatisch eine neue reale Runde von Sanktionen und Gegensanktionen.

Am 11. Januar erklärte Steven Mnuchin, Finanzminister der Vereinigten Staaten, dass Washington in Kürze neue Sanktionen gegen russische Bürger auflegen werde.

Nach Angaben der russischen Zeitung „Kommersant“ sollen hochrangige russische Beamte und Geschäftsleute aus dem nächsten Umfeld der russischen Führung auf diese Liste gesetzt werden.

Im Oktober 2017 veröffentlichte das US-Außenministerium eine Liste von 33 russischen Unternehmen, mit denen die Kooperation untersagt ist. Sollten ausländische Firmen dies dennoch tun, drohen ihnen ebenfalls US-Sanktionen, die ab Februar 2018 eingeführt werden könnten.

Die potentiellen Sanktionen gegen Kooperationspartner sollen dabei nach Washingtons Konzept jedes Unternehmen und jede Person treffen – unabhängig von ihrem Ursprungsland.

[Ukrinform.ua: Soldat stirbt bei Minenexplosion im ATO-Gebiet.](#)

[Bei Kämpfen im Gebiet der Antiterror-Operation \(ATO\) sind während der letzten 24 Stunden ein Soldat der ukrainischen Armee getötet und vier weitere Soldaten verletzt worden.](#)

[Das teilte der Sprecher des Verteidigungsministeriums der Ukraine für die Antiterror-Operation, Maxym Paruta, in einem Briefing mit.](#)

[Der Soldat sei laut dem Sprecher durch die Explosion einer Mine bei der Räumung eines Geländes im Raum Donezk von Minen umgekommen. Zwei Armeeingehörige seien bei Angriffen des Feindes nahe Nowoswanowka und Pesks verwundet worden. Weitere zwei Soldaten seien bei der Explosion einer Mine und eines unbekanntes Sprengkörpers verletzt worden.](#)

[Alle Verletzten wurden in Militärkrankenhäuser eingeliefert, sagte Prauta.](#)

[de.sputniknews.com: Korrupte Ukraine hat bis auf Weiteres keine Aussicht auf Hilfe der EU.](#) Die EU hat der Ukraine die dritte und letzte Rate der Hilfgelder in Höhe von insgesamt 1,8 Milliarden Euro verweigert, schreibt die Zeitung „Rossijskaja Gaseta“ am Freitag.

[Das erklärte jüngst der Leiter des Kiewer EU-Büros, Hugues Mingarelli.](#) Aber für die ukrainischen Machthaber dürfte das keine Überraschung gewesen sein: Vertreter der EU-Kommission hatten noch Anfang Dezember festgestellt, dass die ukrainische Regierung trotz gewisser Fortschritte immer noch nicht alle der 21 Anforderungen der Europäer erfüllt hätten, Derselben Auffassung ist übrigens auch der Internationale Währungsfonds, dessen Mission, die die Ukraine noch im Dezember hätte besuchen sollen, erst gar nicht gekommen ist. Kiews Kooperation mit dem IWF liegt also auf Eis, und es hat bisher weniger als die Hälfte der ihm 2014 versprochenen 17,1 Milliarden Dollar bekommen.

[Dabei widerlegte Mingarelli praktisch die Behauptungen des ukrainischen Präsidenten Petro Poroschenko und seines Finanzministers, die immer wieder von einem neuen](#)

„anspruchsvollen Projekt der makrofinanziellen Hilfe“ seitens der EU sprechen, das ebenfalls auf zwei Jahre ausgelegt sei und weitere 1,8 Milliarden Euro vorsehen würde. Zuletzt hatte Poroschenko seinen Mitbürgern diese Hilfe Ende Dezember 2017 versprochen.

Was Brüssels Vorwürfe gegen Kiew angeht, so geht es nach wie vor in erster Linie um die allumfassende Korruption, die Poroschenkos Team nicht in den Griff bekommen kann bzw. will.

Den einzigen Weg zur Lösung dieses Problems sehen die Europäer, wie auch hochrangige Vertreter Washingtons, in der Bildung eines speziellen Anti-Korruptions-Gerichts, was übrigens auch die Teilnehmer der jüngsten Protestaktionen mit dem früheren Präsidenten Georgiens und Ex-Gouverneur des ukrainischen Gebiets Odessa, Michail Saakaschwili, an der Spitze verlangten.

Mingarelli verkündete diese Forderung abermals: „Vor allem müssen wir die gerade erst gebildeten Anti-Korruptions-Gremien festigen: das Nationale Anti-Korruptions-Büro, die Nationale Agentur für Korruptionsvorbeugung usw. Auch sollte ein Anti-Korruptions-Gericht so schnell wie möglich die Arbeit aufnehmen.“



<https://cdn1.img.sputniknews.com/images/31880/79/318807970.jpg>

ukrinform.ua: Donezk ohne mobile Telefonverbindung mit Ukraine.

Im besetzten Donezk, sowie in den anderen Städten der so genannten „Volksrepublik Donezk“ gibt es seit dem 11. Januar keine mobile Telefonverbindung mit der Ukraine. Anrufe von Donezk in die Ukraine und von der Ukraine in Donezk sind nicht möglich, berichtet ein Korrespondent von Ukrinform.

Der einzige Mobilfunkanbieter in den besetzten Gebieten war bisher Vodafone (MTS Ukraine). Die anderen ukrainischen Mobilfunkanbieter funktionieren dort nicht. Nach Angaben von örtlichen Medien sei die Beschädigung eines Glasfaserkabels nahe der Ortschaft Oleniwka, südlich von Donezk, Grund für den Netzausfall. Oleniwka befindet sich in den besetzten Gebieten. In diesen Gebieten gibt es einen örtlichen Mobilfunkanbieter „Phönix“, er habe aber keine Verbindung mit dem ukrainischen Netz. Einige Einwohner von Donezk vermuten in den sozialen Netzwerken, dass die Terroristen das Kabel selbst beschädigt hätten. Sie seien empört, haben aber keine Hoffnung auf Wiederherstellung der Telefonverbindung. Die Menschen können jetzt mit ihren Verwandten nur über Internetdienste SkypeOut, ViberOut, Hangouts kommunizieren.

de.sputniknews.com: Nord Stream 1 spült alle Proteste deutscher Ökos gegen Nord Stream 2 weg.

Umweltschutz hatte schon bei Nord Stream 1 höchste Priorität: Die Ostsee sei wohl nie zuvor so gründlich untersucht worden, man habe Millionen für Forschung ausgegeben, meint der Energiemarktexperte Wjatscheslaw Kulagin von der Russischen Akademie der Wissenschaften. Der Appell deutscher Ökos an Merkel sei also haltlos. Man habe schon beim Bau von Nord Stream 1 den Grund der Ostsee sorgfältig analysiert, sagte er dem Portal „rueconomics“.

„Erforscht wurden dabei auch mögliche Einflüsse auf das Ökosystem. Man hatte unter anderem vermutet, dass Blindgänger und Giftstoffe aus dem Zweiten Weltkrieg die Biosphäre gefährden könnten. Man hat damals mit enormem Aufwand Studien finanziert, die heute der Umwelt und der gesamten Meeresforschung zugutekommen.“, so der Fachmann.

Die damaligen Prüfverfahren hätten gezeigt, dass die Pipeline Nord Stream 1 aus umweltpolitischer Sicht völlig unbedenklich sei, betont der Experte: „Es wäre daher abwegig anzunehmen, dass Nord Stream 2 Probleme für die Umwelt verursachen könnte. Denn diese Gasleitung soll auf der gleichen Route verlegt werden wie Nord Stream 1.“

Von dem Brief der Umweltschutzverbände WWF und NABU an Bundeskanzlerin Merkel hält der Experte deshalb nicht viel: „Ein weiteres Spielchen, sonst nichts“, so Kulagin laut dem Portal. „Ein Appell ohne Argumente ist an sich bedeutungslos.“ Die Umweltschützer könnten auch keine Argumente finden, „weil alles schon beim Bau von Nord Stream 1 geklärt wurde.“ Eine Gefahr für Nord Stream 2 könne der Brief der Umweltverbände also nicht sein: „Offensichtlich wollte jemand einfach nur ein bisschen Aufmerksamkeit, nichts weiter“, sagt der Analyst.

Auch für die Nord Stream 2 AG, den Bauherrn der neuen Ostsee-Pipeline, sind die Vorwürfe der Umweltschutzverbände haltlos: Der Eingriff in die Umwelt sei begrenzt und erfolge nur für kurze Zeit. Eine Pipeline auf dem Meeresgrund zu verlegen sei – ökonomisch und ökologisch betrachtet – der effektivste Weg, Erdgas zum Verbraucher zu bringen, verlautete laut dem Portal aus dem Unternehmen.



<https://cdnde2.img.sputniknews.com/images/31903/64/319036435.jpg>

Lug-info.com: Pressekonferenz des Leiters der Koordination der Volksmiliz der LVR Oberst Michail Filiponenko (Zusammenfassung mehrerer Meldungen)

Durch technische Einheiten werden Arbeiten zur Entminung von Örtlichkeiten im Gebiet von Kirowsk und Donezkij durchgeführt.

Insgesamt haben die ukrainischen Truppen **in der letzten Woche 13-mal das Regime der Feueinstellung verletzt**. Es wurde mit Artillerie des Kalibers 152 und 122mm, Mörsern des Kalibers 120 und 82mm, Granatwerfern verschiedener Art und Schusswaffen geschossen. Insgesamt wurden auf das Territorium der Republik 368 Geschosse abgefeuert. Im Vergleich

zur vorangegangenen Woche ist die Zahl der Beschießungen um acht gewachsen. Es wurden keine Opfer und Zerstörungen in Folge von Beschuss festgestellt.

In der letzten Woche wurden die Gebiete folgender Ortschaften durch die Kiewer Truppen beschossen: **Kalinowka, Logwinowo, Nishneje Losowoje, Wesjologorowka, Sansharowka**. Die Befehle zur Eröffnung des Feuers erteilte der Kommandeur der 54. mechanisierten Brigade Oberst Beljajew.

Die Hauptzahl der ukrainischen Technik und Waffen, die sich an der Kontaktlinie befinden, kommt regelmäßig in den täglichen offiziellen Berichten der OSZE-Mission als an den Lagerorten fehlend zum Ausdruck.

In der letzten Woche wurden in den Berichten der OSZE das Fehlen folgender Waffen und Technik festgehalten: 2 122mm-Mehrfachraketenwerfer „Grad“; 5 152mm-Haubitzen „Giazint-B“; 8 152mm-Haubitzen „Msta-B“; 10 152mm-Haubitzen „Akazija“; 3 122mm-Haubitzen D-30; 11 120mm-Mörser M-120 und 2B11; 6 Panzer T-64 und T-72; 9 100mm-Antipanzergeschütze MT-12 „Rapira“.

Die Aufklärung der Volksmiliz der LVR entdeckt weiter von den Minsker Vereinbarungen verbotene Waffen an der Kontaktlinie.

Im Gebiet von Stschastje sind zwei Haubitzen 2S1 „Gwosdika“ stationiert, im Gebiet von Popasnaja befindet sich die Stellung einer Mörserbatterie Kaliber 120mm, zwei Unterstände mit Schützenpanzern, des 108. Bataillons der 10. Brigade der ukrainischen Streitkräfte. Im Gebiet von Kalinowo, Troizkoje, Krymskoje und Luganskoje sind Feuerstellungen von Mörserbatterien eingerichtet.

In den letzten Tagen hat die Volksmiliz die Lieferung von Material auf die Positionen des 108. Bataillons der 10. Gebirgssturmbrigade der ukrainischen Streitkräfte im Gebiet von Nowoalexandrowka, des 2. Bataillons der 54. Brigade im Gebiet von Troizkoje und des 8. Bataillons der 10. Gebirgssturmbrigade im Gebiet von Nowoswanowka sowie die Ankunft von Personal im 109. Bataillon der 10. Gebirgssturmbrigade der ukrainischen Streitkräfte im Gebiet von Katerinowka registriert.

Diese Tatsache bestätigt den Unwillen der ukrainischen Seite, einen friedlichen Dialog zu führen und die Vereinbarungen zur Regelung der Situation im Donbass zu erfüllen.

Am 6. Januar gab es im 109. Bataillon der 10. Brigade der ukrainischen Streitkräfte folgenden Vorfall: Während eines Trinkgelages entstand ein Streit unter Soldaten und einer von ihnen eröffnete wahllos das Feuer mit einem Maschinengewehr auf seine Kameraden. Dabei wurden fünf Menschen getötet und zwei weitere befinden sich mit schweren Verletzungen in einer Intensivstation.

In der Brigade ist eine Sonderkommission zur Ermittlung der Umstände des Anwachsens der Zahl nicht kampfbedingter Verluste eingetroffen.

Nach Informationen von speziellen Quellen ist im Vorfeld der Sitzung der Kontaktgruppe geplant, provokativen Beschuss des Territoriums der Republik durch Einheiten der 54. mechanisierten Brigade der ukrainischen Streitkräfte, die im Gebiet von Nowoluganskoje stationiert ist, durchzuführen.

In Ausführung eines Befehls des Brigadekommandeurs Oberst Beljajew haben die Kommandeure der Einheiten die Anweisung, die Gebiete von Logwinowo, Losowoje und Kalinowka zu beschießen. Der Beschuss soll mit Artillerie und Mörsern erfolgen.

Um diesen Beschießungen den Anschein einer Erwidern des Feuers zu geben und die LVR der Beteiligung an den Beschießungen zu beschuldigen, werden Vertreter ukrainischer und ausländischer Medien herangezogen werden.

In der 58. Brigade der ukrainischen Streitkräfte wurden Übungen mit Operatoren von Drohnen durchgeführt. Im Rahmen dieser Übungen wurde eine Mini-Drohne im Gebiet von Nowoachtyrka im Nowoajdarskij-Bezirk gestartet.

Am 18. Januar werden die Vertreter der humanitären Gruppe bei den Verhandlungen in Minsk die Erörterung des Themas Gefangenenaustausch wieder aufnehmen. Und solange die Seiten

keine Listen für einen neuen Austausch bestätigt haben, hat die Ukraine beschlossen, eine Reihe vorbereitender Maßnahmen durchzuführen.

Nach unseren Informationen haben Mitarbeiter des Sicherheitsdienstes der Ukraine am 8. und 9. Januar in Stschastje gemeinsam mit Soldaten der „Nationalgarde“ sogenannte Maßnahmen zur Entdeckung von unzuverlässigen und andersdenkenden Bürgern, die die Regierung der Ukraine nicht unterstützen und mit den Volksrepubliken sympathisieren, durchgeführt. **Im Verlauf einer zweitägigen Razzia wurden mindestens 18 Menschen festgenommen.** Alle Festgenommenen wurden nach Sewerodonezk gebracht, um weitere Ermittlungen durchzuführen.

Heute wird eine solche Razzia in Staniza Luganskaja durchgeführt. Wie viele Menschen dort festgenommen werden, kann man nur vermuten.

de.sputniknews.com: „Armes Land zwischen Interessen der Politiker“: Deutsche über Leben in der Ukraine

Eine ehemalige Bewohnerin der Ukraine, die seit zwölf Jahren in Deutschland lebt, hat in einem Interview für die „Rhein-Neckar-Zeitung“ über das Leben in ihrem Heimatland berichtet. Nach Angaben der Frau herrscht dort Korruption und es besteht keine Möglichkeit, mit ehrlicher Arbeit Geld zu verdienen.

Natalie Hempel wurde in Winnyzja, einer in der Mitte des Landes gelegenen Stadt, geboren. „Wenn die Ukraine irgendwann gespalten wird, dann wissen wir nicht, wo wir hingehören werden“, sagte Hempel der Zeitung.

Laut der Frau ist die Ukraine schon seit langem gespalten. Der Osten des Landes sei pro-russisch, der Westen westlich-pro-ukrainisch. „Die Spaltung geht durch Familien und trennt Freunde. Das Land, in dem ich aufgewachsen bin, gibt es nicht mehr“, bedauert die Frau. Hempel zog vor zwölf Jahren nach Deutschland um, wo sie einen deutschen Mann heiratete. Aus Deutschland verfolgt sie die Ereignisse in der Ukraine.

„Die Probleme sind ja nicht gelöst“, sagt Hempel. „Das arme ukrainische Land liegt zwischen den Interessen der verschiedenen Politiker. Dabei werden die Leute immer ärmer und wissen nicht, wie es weitergehen soll“.

Die Frau spricht sehr oft per Skype mit ihrem Bruder, der in der Ukraine lebt. Er könne die Bürger, die russisch orientiert sind, nicht als Feinde betrachten, so Hempel. Sie habe auch viele Freunde in Russland, einige von ihnen würden in Moskau leben.

„In den sechziger, siebziger Jahren, in der Sowjetunion, da war doch alles gemischt“, erinnert die Frau. „Auch hinter dem Eisernen Vorhang gab es Gutes. Wir hatten Kindergärten, Schulen, Theater ... Und wir haben eine gute Ausbildung und sind sehr fleißig“.

Aber heute könne man in der Ukraine mit ehrlicher Arbeit kein Geld verdienen, betont Hempel. Im Land herrsche Korruption. Viele Ukrainer würden heute in Europa arbeiten, um ihre Familien in der Ukraine finanziell zu unterstützen.

Die Frau hofft, dass 2018 ein Weg für die Beendigung des Krieges gefunden wird und es Frieden gibt.

Ukrinform.ua: Präsident Poroschenko fordert Gesetze über Privatisierung und Bodenmarkt. 2018 müssen Gesetze in den Bereichen Finanzen, Gerichtswesen, Investitionen und über den Bodenmarkt verabschiedet werden.

Das erklärte Präsident der Ukraine Petro Poroschenko auf Facebook. „Wir müssen eine aktive Reformierung des Landes fortsetzen... Man darf das Tempo der grundlegenden Veränderungen nicht verlieren, das ist die Aufgabe Nummer eins für das Land“, schrieb der Staatschef.

In einem Video auf der Facebook-Seite wird betont, dass dieses Jahr Gesetze über Privatisierung des Staatseigentums, über das Nationale Büro für Finanzsicherheit der Ukraine,

über die Kapitalausfuhrsteuer, über Valuta, über die Verbesserung der Investitionsattraktivität der Ukraine angenommen werden müssen. Die Gerichtsreform werde 2018 fortgesetzt werden.

de.sputniknews.com: Ukrainer sollen Kampfeinsatz von US-System „Javelin“ im Ausland erlernen.

In den Streitkräften der Ukraine soll ab nächster Woche die Ausbildung von Kampfverbänden beginnen, die mit US-Panzerabwehrraketen "Javelin" ausgerüstet werden sollen. Das Training hierzu soll allerdings im Ausland stattfinden, meldet das Informationsportal der ukrainischen Armee Ukrainian Military Pages.

Laut der Meldung soll die Ausbildung der Soldaten am 15. Januar beginnen.

Es wird explizit betont, dass die ukrainischen Militärs zunächst eine Sprachausbildung absolvieren werden, um das erforderliche Niveau an Englischkenntnissen zu erwerben. Erst danach werden „ausgewählte Kandidaten“ ins Ausland entsandt, um dort den Kampfeinsatz der „Javelin“-Panzerabwehrraketensysteme zu erlernen.

In welchem Land konkret dies geschehen soll, wird allerdings nicht angegeben.

Im Dezember 2017 wurde bekannt, dass US-Präsident Donald Trump den Plan zur Lieferung von „Javelin“-Systemen an die Ukraine genehmigt hat.

Nach Angaben verschiedener Medien sollen insgesamt 210 Panzerabwehrraketen und 35 Abschussysteme im Wert von 47 Millionen Dollar an Kiew übergeben werden.

Darüber hinaus wird die ukrainische Armee die Möglichkeit bekommen, zusätzliche Raketen für die Systeme später nachzukaufen.



<https://cdnde1.img.sputniknews.com/images/30860/72/308607244.jpg>

de.sputniknews.com: „IS-Minister“ in Türkei festgenommen – Medien Sicherheitskräfte haben im Zentralteil der Türkei den „Minister für Landwirtschaft“ der Terrororganisation „Islamischer Staat“ festgenommen, melden türkische Medien. Nach Angaben der Mediengruppe Doğan wurden in der Stadt Kayseri auch neun weitere Terroristen verhaftet.

Der festgenommene „Minister“ war für die Agrarwirtschaft der Terrororganisation verantwortlich.

Zuvor sind laut Medienberichten 26 ausländische Staatsbürger wegen Verdachts auf Verbindungen zum IS in Istanbul festgenommen worden.

Abends:

de.sputniknews.com: Viertel der Ukrainer "besucht" Donbass-Volksrepubliken – Statistik
Die Einstellung der Ukrainer zu den Donbass-Republiken scheint besser zu sein, als die ihrer Regierung – trotz Kiewer Kriegsrhetorik. Nach Angaben des ukrainischen Ministeriums für die okkupierten Regionen haben im Jahr 2017 elf Millionen Menschen die Donbass-Grenze passiert – im Prinzip also mehr als ein Viertel der Gesamtbevölkerung des Landes.
Die Beziehungen zwischen den einfachen Menschen in der Ukraine und im Donbass scheinen besser zu sein, als ukrainische Politiker es oft darstellen wollen. Jedenfalls halten selbst anhaltende Gefechte zwischen ukrainischen Militärs und den Volkswehren der selbsterklärten Republiken die Menschen nicht davon ab, über die Donbass-Grenze hinweg zu reisen.
Nach Angaben des Ministeriums für die okkupierten Regionen haben im Jahr 2017 11.331.600 Menschen die Grenze zwischen den Volksrepubliken und dem von Kiew kontrolliertem Territorium überquert. Weitere 2.513.300 Menschen hätten die Grenze zur Krim überquert.
Allein im Laufe des letzten Monats hätte die Behörde über eine Million Menschen registriert, die die Grenzkontrollen am Donbass passiert hätten.
Nach den Angaben vom 01. November 2017 betrug die Gesamtbevölkerung der Ukraine knapp 42,5 Millionen Menschen.
Wie das ukrainische Nachrichtenportal „Strana“ kommentiert, bedeute dies, dass im Prinzip mehr als 25 Prozent der ukrainischen Bevölkerung innerhalb eines Jahres die Donbass-Republiken besucht hätten.